geschicktere Spieler ist zweifellos Frankreich, und nur von Paris aus betrachtet, hat es Sinn, Europa immer wieder mit einem neuen Segen von Sicherheitspakten, Ostpakten, Südostpakten, Mittelmeerpakten zu beglücken. In jedem dieser Vertragssysteme sitzt Frankreich am längeren Hebelarm, weil es die Mehrzahl der Teilnehmer auf seiner Seite hat, und jedes dieser Systeme droht Europa für eine Zeitlang wieder in jenen Traumzustand einzulullen, der ihm einen europäischen Frieden vortäuscht, der in Wahrheit seit fünfzehn Jahren ein französischer Friede war und blieb. Man wird in Rom mit Vergnügen die kleinen kolonialen Geschenke in Empfang nehmen, welche Frankreich aus seiner Ueberfülle anbietet, und daraus die Ueberzeugung herleiten können, daß die revisionistischen Gedanken, soweit sie Italiens Interessen betreffen, noch nicht zu den Akten gelegt sind. Aber man wird sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß das schwerere Stück Arbeit ungetan blieb und im Gefolge der Politik des Status quo niemals getan werden kann.

Laval ist ein erfahrener und erfolgreicher Politiker, der seinen Vorgänger Barthou an Geschmeidigkeit weit übertrifft. Wir haben noch nicht vergessen, daß er vor drei Jahren als erster eine peinliche politische Quarantäne durchbrach und gemeinsam mit Briand die unmittelbare Aussprache mit dem deutschen Nachbarn gesucht und eingeleitet hat. Zwischen damals und heute liegt nichts, was der französischen Politik Anlaß geben könnte, über die grundsätzliche deutsche Friedensbereitschaft anderer Meinung zu werden, denn was sich inzwischen auf dem europäischen Kriegsfelde vollzog, waren nur die unmittelbaren und unvermeidlichen Folgen der französischen Aufrüstungs- und Völkerbundspolitik. Die Faktoren, welche die europäische Politik in Zukunft bestimmen werden, liegen nicht in dem Dreieck London—Paris—Rom, sondern in jenem Vier-Mächte-Verhältnis, für dessen Verwirklichung sich Lavals römischer Gastgeber Mussolini seinerzeit lebhaft einsetzte, und welches, wenn wir die Zeichen aus London richtig deuten, auch heute noch den Wunsch ausgleichender englischer Politik darstellt. Wir sehen daher in der von England beeinflußten Reise Lavals nach Rom wie auch gerade in dem vorläufigen Charakter der römischen Abmachungen ein günstiges Zeichen für die politische Entwicklung, welche sich nach dem 13. Januar in Europa anbahnen kann. Das römische Ergebnis kann weder Laval noch Mussolini befriedigen, denn es läßt die wichtigsten Fragen unerledigt, weil ein unentbehrlicher Faktor der europäischen Politik an diesem Ausgleichsversuch unbeteiligt ist. Die römischen Verhandlungen enden also mit einem offenen Fragezeichen an die Zukunft.

Der Besuch Lavals beim Papst

Rom, 8. Januar.

Am Montag empfing der Papst um 12 Uhr mittags den französischen Außenminister Laval in Privatauditz.

Am Nachmittag empfing den französischen Außenminister der Kardinalstaatssekretär Pacelli. Darauf erwiderte der Kardinalstaatssekretär diesen Besuch in der französischen Botschaft im Palazzo Taverna.

*

Am Sonntag empfing Papst Pius der Elfte Se. Hoheit den Großmeister des Souveränen Jerusalems Malteserritterordens Fürst Ludwig Chigi Albani zur Entgegennahme der Neujahrswünsche in Begleitung einer Abordnung dieses Ritterordens. Nach Verlesung einer Adresse dankte der Papst.

Simon wieder in London

London, 8. Januar.

Außenminister Sir John Simon traf mit seiner Frau am Montagabend in London ein. Sir John Simon erklärte, er sei sehr froh, von der Unterzeichnung des Paktes von Rom zu hören. Er habe zwar noch keine amtliche Nachricht darüber und auch keine Kenntnis der Einzelheiten, aber schon die Tatsache der Unterzeichnung eines solchen Paktes sei gut. Wahrscheinlich würde es Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval nunmehr ermöglicht werden, ihren versprochenen Besuch in London vor Ende des Monats abzustatten.

Mexikanische Schlachthofarbeiter im Hungerstreik

Mexiko-Stadt, 8. Januar.

43 Arbeiter des Schlachthofes im Vorort Tacubaja befanden sich am Montagmittag seit 125 Stunden im Hungerstreik. Sechs von ihnen sind bereits stark geschwächt, daß Blutungen bei ihnen einsetzten. Die Streikursache ist darin zu suchen, daß die Arbeiter bessere Arbeitsverträge verlangen, die jedoch von der Verwaltung abgelehnt wurden.

Neue Regelung der Hausschlachtungen

Berlin, 8. Jan. Vom deutschen Fleischerverband wird angekündigt, daß eine Regelung des Hausschlachtungswesens und der landwirtschaftlichen Ausspundungen bevorsteht. Im Anschluß an frühere Verhandlungen hat jetzt erneut eine Besprechung im Reichsernährungsministerium über die Frage der landwirtschaftlichen Hausschlachtungen und die gewerbliche Verwertung des dabei anfallenden Fleisches stattgefunden, an der auch Vertreter des Reichskommissariats für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft und der Hauptvereinigung für Schlachtviehverwertung teilnahmen. Die Vertreter des Fleischerverbandes begründeten ausführlich die Notwendigkeit einer Regelung der Hausschlachtungen. Sie erklärten, daß das Fleischergewerbe nicht die geringsten Bedenken gegen die landwirtschaftlichen Haushaltungen habe, soweit das Fleisch im eigenen Haushalt des Besitzers zum Verbrauch gelange. Dagegen müßte die gewerbliche Vornahme von Ausspundungen unterbunden werden. Das Fleischergewerbe sei seinerseits bereit, den Landwirten in jeder Hinsicht den Absatz ihres Schlachtviehes zu angemessenen Preisen zu ermöglichen und auch bei Notschlachtungen usw. weitgehend zu unterstützen. In eingehender Aussprache wurden die Möglichkeiten einer Ordnung der Hausschlachtungen im Rahmen der Regelung des Verkehrs mit Schlachtvieh erörtert.

Deutsche Stimmen wegen des Hitlergrußes für ungültig erklärt

Am ersten Abstimmungstag für die Beamten des Saargebietes und ihre Angehörigen sowie für die Insassen der Gefangenenanstalten und der Krankenhäuser war die Beteiligung an der Wahl außerordentlich schwach; so haben in Saarbrücken z. B. nur 200 Personen abgestimmt. Zur Teilnahme an dieser Vorabstimmung sind nur die Angehörigen des Landjägerkorps und der Blauen Polizei gezwungen, während sie für die übrigen Beamten freigestellt ist. Es hat sich gezeigt, daß die Bevölkerung in die technischen Maßnahmen der Abstimmungskommission doch ein erhebliches Mißtrauen setzt und lieber erst am Hauptabstimmungstag, am 13. Januar, abstimmt.

Es kommt hinzu, daß z. B. von 32 Stimmen in Beckingen und Mettlach 5 für ungültig erklärt worden sind, weil die Abstimmenden entgegen den Bestimmungen der Abstimmungskommission im Wahllokal ihrer politischen Meinung Ausdruck gegeben haben. Als Ausdruck der politischen Meinung wird es schon betrachtet, wenn die Hand zum Deutschen Gruß erhoben wird. Besonders bedauerlich liegt der Fall einer kranken alten Frau, die bettlägerig ist und nur mit Hilfe anderer Personen an der Abstimmung teilnehmen konnte; sie erklärte, sie sei deutsch geboren und wolle auch deutsch sterben. Daraufhin wurde ihre Stimme für ungültig erklärt. Gegen die Ungültigkeitserklärungen sind natürlich von den entsprechenden Dienststellen der Deutschen Front Proteste eingelegt worden, deren Ergebnis man noch abwarten muß.

Insbesondere besteht ein starkes Mißtrauen dagegen, daß die Abstimmungskommission angeordnet hat, daß nur schwarze Bleistifte zur Ankreuzung in bestimmte Felder auf dem Stimmzettel benutzt werden dürfen. Schon eine andere Tönung eines Bleistiftes kann also zur Ungültigkeitserklärung einer Stimme führen, ebenso die Benutzung eines Kopierstiftes. Da ferner die Möglichkeit besteht, daß böswillige Personen in den Abstimmungszellen die vorhandenen schwarzen Bleistifte gegen andersfarbige Stifte austauschen, ist die Gefahr geschaffen, daß die ganze Wahl zu einer lächerlichen Handlung herabsinkt.

Achtung, Saarabstimmungsberechtigte!

12 Gebote für die Saarabstimmung!

1. Jede politische Meinungsäußerung im Wahllokal führt unnachsichtlich zum Stimmverlust.

2. Auch der deutsche Gruß, ja sogar das Erheben des rechten Armes gilt als verbotene politische Meinungsäußerung. Trage auch keinerlei Abzeichen oder Plaketten im Abstimmungslokal.

3. Sprich am besten kein Wort im Wahllokal.

4. Beantworte nur die Fragen der Mitglieder des Wahlbüros. Vermeide auch hierbei jede politische Aeußerung.

5. Halte dich, bis du zum Wählen dran kommst, nur in dem Teil des Abstimmungslokales auf, der ausdrücklich als Warteraum gekennzeichnet ist.

6. Füge dich widerspruchslos allen Anordnungen des Vorsitzenden des Wahlbüros, auch wenn du sie nicht begreifst. Beginne keine Polemik.

7. Fülle deinen Stimmzettel nur in der Isolierzelle aus.

8. Zeichne dein Kreuz in den entsprechenden Kreis des Stimmzettels nur mit einem schwarzschreibenden Bleistift ein, da jedes andere Schreibzeug, auch Tinte, Buntstift oder Kopierstift deine Stimme ungültig macht.

9. Verlasse die Isolierzelle nicht eher, bis du den Stimmzettel ungefaltet in den Umschlag gesteckt und diesen verschlossen hast.

10. Sprich mit niemandem mehr im Wahllokal, wenn Du Deinen Stimmzettel erhalten hast; sprich auch mit niemandem, bevor Du nicht das Wahllokal verlassen hast.

11. Enthalte Dich auch nach Abgabe Deines Stimmzettels jeder politischen Meinungsäußerung durch Wort oder Gruß, bevor Du nicht das Wahllokal verlassen hast.

12. Präge Dir diese Vorschriften gründlich ein, befolge sie auf das genaueste, sorge dafür, daß Deine Stimme nicht ungültig wird.

Behinderung des Zugverkehrs in Polen durch den Frost

Warschau, 8. Jan. Der überraschend starke Frost in Polen, der im Gebiet von Wilna 33 Grad erreichte, hat vielfach Zugverspätungen zur Folge, da Heizungsröhren, Bremsleitungen usw. platzten. Die Züge von Warschau nach Wilna hatten Verspätungen zwischen 1 und 4 Stunden. Im ostpolnischen Gebiet wurde auf vielen Strecken der Kraftomnibusverkehr über Land eingestellt.

Paßfälscherprozeß vor dem Volksgerichtshof

Berlin, 8. Jan.

Nach zweimaliger Vertagung begann am Dienstag vor dem zweiten Senat des Volksgerichtshofes der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die sieben Mitglieder und Mitarbeiter der großen kommunistischen Paßfälscherzentrale Deutschlands, die seit 1918 in größtem Umfange ihr dunkles politisches Handwerk ausgeübt und zahlreichen strafrechtlich verfolgten kriminellen und politischen Verbrechern aus den Reihen der KPD. zur Flucht über die Grenze durch Ausstellung falscher Ausweispapiere verholfen hat.

Als die Paßfälscherzentrale im November 1932 in ihren damaligen Geschäftsräumen in der Kaiserallee im Berliner Westen ausgehoben wurde, fand die Polizei ein riesiges Lager aller möglichen Fälscherwerkzeuge und Urkunden. Es wurden damals beschlagnahmt 2100 Stempel, 35 Pässe, 650 lose Paßblätter, 807 Paßphotographien, 300 Urkunden, 757 Gebührenmarken, 57 Steuermarken, 72 Quittungskarten, 30 Arbeitsbücher und Arbeitsbescheinigungen, 165 Zeugnisse, 700 polizeiliche Formulare und 650 Briefbogen verschiedenster Firmen.

Als Mitglieder dieser Fälscherorganisation haben sich jetzt vor dem Volksgerichtshof fünf Männer zu verantworten. Mitangeklagt sind zwei Helferinnen, die weniger belastet sind und sich daher zur Zeit des Verhandlungsbeginns auf freiem Fuße befinden.

Die Verhandlung, zu der etwa 30 Zeugen geladen sind, wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Dienstag-Verhandlung im Rundfunkprozeß

Berlin, 8. Jan.

Im großen Rundfunkprozeß wurden heute bei der Fortsetzung der Erörterungen des Falles Leipzig die Gründe untersucht, aus denen der Angeklagte Dr. Jaeger im Jahre 1928 von seinem Posten als Wirtschaftsdirektor der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. (Mirag) entfernt worden ist.

Hierzu äußerte sich eingehend der Angeklagte Dr. Otto, der damals Aufsichtsratsvorsitzender der Mirag war und auch die Maßnahmen gegen Dr. Jaeger eingeleitet hat. Er sagte, im Aufsichtsrat sei man im Jahre 1927 sehr erregt gewesen, da es geheißen habe, Jaeger habe bei einem für die Mirag zu tätigenden Grundstückskauf in Dresden große Schiebungen gemacht. Jaeger habe auch tatsächlich ein Grundstück, das er in Dresden für die Mirag von einem gewissen Herrn Spiethoff habe ankaufen sollen, auf seinen eigenen Namen gekauft und auch die Auflassungsurkunde auf seinen Namen ausstellen lassen. Eine Eintragung ins Grundbuch sei allerdings nicht auf Jaegers Namen erfolgt. Man habe zunächst an eine fristlose Entlassung gedacht. Dann aber habe sich herausgestellt, daß Jaeger nur deshalb so eigenartig vorgegangen sei, da er als Mediziner von Wirtschaftsdingen gar keine Ahnung gehabt habe. Im Aufsichtsrat seien dann auch verschiedene andere Fragen erörtert worden, aus denen sich die Unfähigkeit Jaegers in wirtschaftlichen Angelegenheiten ergeben habe. So habe er beispielsweise bei der Hergabe von Geld der Mirag eine Hypothek als Sicherheit angenommen, aber die Eintragung dieser Hypothek für die Mirag versäumt. Weiterhin habe man auch im Aufsichtsrat daran Anstoß genommen, daß Dr. Jaeger sein Autoritätsverhältnis zu den Angestellten zu wenig gewahrt habe. So sei er einmal mit einer weiblichen Angestellten der Mirag zum Opernball nach Dresden gefahren und habe auf diesem Ball auch die Angestellte geküßt. Man habe zwar von einer fristlosen Entlassung abgesehen, aber den Vertrag von Dr. Jaeger als Wirtschaftsdirektor zum 31. Dezember 1928 gekündigt. Außerdem sei ihm für den Rest seiner Tätigkeit der Angeklagte Kohl als zweiter Wirtschaftsdirektor beigegeben worden.

Witterungsaussichten: Weitere Verschärfung des Frostes und zeitweise aufheiternd bei östlichen Winden.

Kleine Chronik

Drei Tote und ein Schwerverletzter bei einem Zugunfall.

Stettin, 8. Januar. **Die Reichsbahnpressestelle teilt mit: Am 8. Januar kurz nach Mitternacht entgleiste auf Bahnhof Altdamm bei Stettin in der Einfahrtsstrecke der von Gollnow kommende Nachtgüterzug 8606 mit der Lokomotive, zwei Wagen Vieh und dem Packwagen. Bei dem Unfall, der erheblichen Sachschaden verursachte, wurden der Lokomotivführer Gronert, Lokomotivheizer Wittke und Zugschaffner Habeck getötet; Zugführer Fregin wurde schwer verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Die Weiche und die Signaleinrichtungen waren in Ordnung, das Einfahrtssignal zeigte freie Fahrt. Die Strecke ist seit den frühen Morgenstunden wieder fahrbar.**

*

Fünf Personen durch brennendes Benzin schwer verletzt.

Mährisch-Ostrau, 8. Jan. In dem Orte Darkow ereignete sich am Montag ein schweres Brandunglück. Der 24jähr. Schlosser Stanek wollte seine Taschenuhr mit Benzin reinigen; zu diesem Zweck goß er aus einer größeren Flasche Benzin auf einen Teller, ohne zu beachten, daß in dem Zimmer eine Petroleumlampe brannte. Die Benzindämpfe entzündeten sich und im Handumdrehen stand nicht nur die Wohnungseinrichtung, sondern auch die Kleider der in dem Zimmer anwesenden fünf Personen in Flammen. Alle fünf sprangen aus dem Fenster, um im Schnee die Flammen zu löschen. Trotzdem erlitten sie alle schwere Brandwunden. Bei dreien besteht sogar Lebensgefahr.

*

Uebernahme der Badischen Justizverwaltung auf das Reich durch den Reichsjustizminister

Karlsruhe, 8. Jan. Reichsjustizminister Dr. Gürtner übernahm am Dienstagmittag bei einem feierlichen Staatsakt im Gebäude des ehemaligen badischen Landtages die badische Justizverwaltung auf das Reich.

Kaiser Puji fährt nach Tokio

Tokio, 7. Januar.

In japanischen politischen Kreisen mißt man der geplanten Zusammenkunft des mandschurischen Kaisers mit dem Kaiser von Japan, die Anfang April in Tokio zu erwarten ist, große Bedeutung bei. Die Besprechungen über eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder werden in diesen Tagen nunmehr offiziell aufgenommen werden und alle schwebenden Fragen betreffen. In Tokio und Hsinking werden zu diesem Zweck gemischte Kommissionen eingesetzt.

Im einzelnen werden sich die Besprechungen auf die Neuregelung des gesamten Bahnwesens, die Siedlungsfrage und auf den Abschluß eines Handelsvertrages erstrecken. Man nimmt an, daß nach der Erledigung der Bahnfrage wichtige Grenzbesprechungen mit Rußland geplant sind mit dem Ziel, durch Einsetzung gemischter Kommissionen alle Grenzfragen friedlich zu regeln.

Mitteldeutsche Börse vom 8. Januar

Unregelmäßig. Die Mitteldeutsche Börse zeigte am Dienstag eine unregelmäßige Haltung. Während Aktien fester lagen, machte sich am Rentenmarkt eine nachgebende Tendenz bemerkbar. Im Verlaufe traten vielfach Kursbesserungen ein. Brauereien lagen fester. Keramag und Chromo Majork gewannen je 2 Proz., Falkensteiner Gardinen 3 Proz., während Färberei Münzberg 2 Proz. verloren. Am Markt der festverzinslichen Werte zogen Stadtanleihen im allgemeinen etwas an. Deutsche Reichsanleihe blieb unverändert, während Reichs-Schatzanweisungen von 23 um 2 Prozent anzogen.